

## Apropos 77:

**Politik und Lüge: Netanyahu, Iran und Libyen**

«Ich kann ihn nicht mehr sehen, das ist ein Lügner», sagte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy in einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama über Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu. Obama antwortete: «Du bist ihn leid, aber ich habe jeden Tag mit ihm zu tun!»<sup>1</sup> Die Unterhaltung fand Anfang November in Cannes beim Gipfel der G-20, der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, statt. Die Äußerungen waren vertraulich, fanden aber wegen einer technischen Panne den Weg an die Öffentlichkeit. Journalisten warteten in der Nähe auf eine Pressekonferenz, als sie über die für die Übersetzung bereits verteilten Kopfhörer die pikante Frotzelei hörten, weil das Organisationsteam den nur für die Übersetzer zur Vorbereitung bestimmten Ton irrtümlich auf den Kanal schaltete, der auch für die Medienleute zugänglich war. Diese beschlossen zwar gemeinsam, über die Panne nicht zu berichten; irgendwie gelangte aber die Lästerei auf die französische Website «Arrêt sur images», von wo sie die Zeitung *Le Parisien* in die gedruckte Öffentlichkeit brachte.

Anlass zum «diplomatischen Desaster» war eine Kritik Obamas. Er hielt Sarkozy vor, die USA mit Frankreichs unerwartet positivem Votum für eine Aufnahme der Palästinenser in die Uno-Kultur- und Wissenschaftsorganisation Unesco überrascht zu haben. Bei dieser Gelegenheit gestattete sich Obama auch eine private Frotzelei: Nach dem, was er so höre, habe die – kürzlich geborene – kleine Giulia Sarkozy ihr Äußeres wohl von ihrer «wunderschönen Mutter» Carla Bruni geerbt und «nicht vom Vater». Und das, so Obama, sei «eine gute Sache».

**Israels kriminelle Politik**

Ist Netanyahu ein Lügner, wie Sarkozy behauptet? Es ist nicht ganz einfach, das aus der Ferne zu beurteilen. Sicher aber ist, dass die Politik des israelischen Ministerpräsidenten kriminell ist. Sozusagen jeden Tag wird den Palästinensern immer mehr Land geraubt; das ist – wie nicht nur der UNO-Generalsekretär immer wieder anmahnt – krass völkerrechtswidrig, also kriminell. Das wird zumindest langfristig unliebsame Folgen haben – vor allem auch für die jetzt Handelnden. Gewiss gibt es auch in Israel religiös und philosophisch gebildete Menschen, die die Regierung auf Reinkarnation und Karma hinweisen könnten – einem grundlegenden Element der *Kabbala*.

**Lüge, Politik und Militarismus**

*Apropos*: Lüge und Politik war – worauf hier schon hingewiesen wurde – auch bei Rudolf Steiner ein Thema: «In der Politik ist die Lüge eigentlich nur (...) eine Fortset-

zung im zivilen Leben dessen, was ja beim Militarismus – mit diesem hängt ja die Politik eng zusammen – ganz selbstverständlich ist. Wenn man einen Gegner besiegen will, so muss man ihn täuschen. Die ganze Strategie ist darauf angelegt; da muss man lernen zu täuschen. Das ist System. Das wird dann durch die Verwandtschaft zwischen Militarismus und Politik auch auf das zivile Leben übertragen. Aber da ist es Methode».<sup>2</sup>

**Israel, Iran und der Westen**

Dieses System der Täuschung wird von der israelischen Regierung außergewöhnlich gut beherrscht – wie gerade der Wirbel um eine – angebliche – iranische Atombombe belegt hat. In einem «Iran-Bericht» hat die Internationale Atomenergieagentur ihrer Besorgnis Ausdruck gegeben, dass der Iran doch nach einer Atombombe strebe. Die IAEA lieferte zwar keine Beweise, hatte aber einige «handfeste» – wie ein neutraler Beobachter festhält<sup>3</sup> – Indizien zusammengetragen, die nicht zuletzt von der israelischen Regierung und dem Geheimdienst Mossad stammen. Der gewöhnliche Zeitungsleser konnte sich ohne allzu große Mühe das Bild machen, dass der Iran (vor allem vor 2003) einige atomtechnische Experimente gemacht hat, die für die Herstellung einer Atombombe nötig sind. Das vorgelegte Material erlaubt aber auch den Schluss, dass die iranische Regierung bisher keine Entscheidung für eine A-Bombe gefasst hat; sie will aber das Wissen und die Fähigkeit haben, eine solche herzustellen, wenn sie es dereinst für nötig hält. Im Vorfeld der Veröffentlichung des IAEA-Berichts lancierte die israelische Regierung – die selber illegal über Atomwaffen verfügt – an verschiedenen Orten Meldungen, wonach ein Präventivschlag gegen den Iran unmittelbar bevorstehe. Dazu meint der Diplomat und Publizist Avi Primor, der von 1993 bis 1999 israelischer Botschafter in Berlin war: Warum «erwägt Israel die Möglichkeit eines Alleinganges? Und warum werden diese Überlegungen nicht geheim gehalten, um einen Überraschungsangriff zu starten? Die israelische Regierung beteuert ihre Unschuld und bezichtigt die ehemaligen Geheimdienstchefs sowie die Opposition, die Debatte initiiert zu haben. Das entspricht nicht der Realität.» Und: «Warum sollte Iran dies ernst nehmen? Wenn Israel seine möglichen Pläne veröffentlicht, dann sind sie wahrscheinlich nicht wirklich gefährlich. Und wenn die westlichen Alliierten wieder einmal Iran warnen, so ist das nicht neu. Damit hat sich Iran abgefunden. Vor allem weiß die Führung dort, dass die USA kein neues, gefährliches Abenteuer wagen werden – Amerika ist getroffen von der Wirtschaftskrise, hat in Irak und Afghanistan genug Probleme und auch die Wahlen stehen an.» Primor hält auch

fest: «Atomwaffen in Iran allein müssen (...) an sich noch keine Weltgefahr bedeuten. Die Frage ist, in welche Hände diese Waffen gelangen werden.»<sup>4</sup>

### **Nutzen im Vergleich zum möglichen Schaden gering**

*Apropos:* «Israel droht immer deutlicher mit einem Angriff auf die iranischen Atomanlagen. Der aber wäre völkerrechtswidrig. Ohne Wenn und Aber», erklärt Hans-Joachim Heintze, Völkerrechtler an der Ruhr-Universität Bochum.<sup>5</sup>

Auch die USA stehen vor dem Dilemma: Drohungen mit neuen, «lähmenden» Sanktionen oder mit einem Militärschlag gegen iranische Atomeinrichtungen. Für Experten ist das Problem, «dass beide Handlungsstränge mit Risiken behaftet sind, die nur schwer einzuschätzen sind, während der Nutzen im Vergleich zum möglichen Schaden gering wäre». So könnten beispielsweise «die USA allen Geldinstituten, die mit der iranischen Zentralbank Geschäfte tätigen, den Zutritt zum amerikanischen Finanzsystem untersagen». Kenner weisen warnend darauf hin, «dass ein solches Vorgehen nicht nur ein bereits angeschlagenes globales Finanzsystem aus den Fugen geraten lassen könnte, sondern auch die iranische Erdölindustrie mit in den Abgrund reißen, mit erheblichen Risiken für die Weltwirtschaft»<sup>6</sup>.

Und zu guter Letzt: Das von der Pleite bedrohte Griechenland bezieht sein Öl zunehmend aus dem von neuen Sanktionen bedrohten Iran. Einerseits wird Griechenland von den bisherigen Händlern boykottiert, weil die um ihr Geld fürchten. Andererseits darf Iran wegen seines Atomprogramms kein Öl mehr in die USA liefern.<sup>7</sup>

### **Zum Beispiel Berlusconi**

Lüge und Politik? Nicolas Sarkozy und Barack Obama seien für einmal nicht bewertet, beide haben hier auch schon ihr Fett weggekriegt. Der Aktualität geschuldet sei aber der Hinweis auf einen besonderen «Meister»: den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der soeben zurück-, aber noch nicht abgetreten ist (er hält Ausschau nach Tricks, wie er wieder an die Macht kommen könnte). Der von «seinem» Volk zum (vorläufigen) Abschied als «Buffone» (Hanswurst) und «Mafioso» Beschimpfte hat die Finten zu einer speziellen «Kunst» entwickelt. Er «ließ Gesetze zum alleinigen Nutzen seiner Person verabschieden, die sogenannten Gesetze ad personam. Sie wurden durchs Parlament gepeitscht, damit sich der Regierungschef Justizverfahren entziehen konnte.» Und: «Die Realität wird in Italien seit Jahren verzerrt dargestellt.» Berlusconi kontrolliert die meisten TV-Sender. «Diese Fernsehkanäle verbreiten Lügen, sie verschleiern die Realität und mystifizieren die Person Berlusconis.» Das ist darum besonders schlimm, weil die anderen Medien kein Gegengewicht schaffen können.

«Laut der Umfrage eines unabhängigen Instituts haben 64 Prozent der Italiener bei den letzten Europawahlen ihre Entscheidung, einer bestimmten Partei die Stimme zu geben, auf der Basis der Fernsehberichterstattung gefällt.» Dass ein Parteiführer über ein solches Fernsehimperium bestimmt, «ist einmalig in der freien Welt».<sup>8</sup>

### **Die «Wahrheit» über Libyen**

Lüge und Politik? Ein ganz besonders kriminelles Exemplar war der libysche Diktator Muammar Gaddafi, der kürzlich zu Tode kam und der sich mit tausendfachem Morden und grausamem Foltern einen Namen machte. Millionen Libyer bejubelten sein Abtreten vom irdischen Plan. Bestätigt dieser Jubel das Fazit eines – wie das neudeutsch heißt – «Mainstream-Journalisten»? «Die Nato hat in Libyen alles richtig gemacht. Sie hat den Verdacht widerlegt, bei dem Einsatz von imperialen Interessen getrieben zu sein und erfolgreich mit den arabischen Ländern zusammengearbeitet. Dieser Schulterschluss war allerdings einmalig.»<sup>9</sup> Oder sind die rebellierenden Libyer den Amerikanern auf den Leim gegangen? Oder gar den Franzosen, die französische Banken retten wollten – wie der Chefredaktor eines bekannten Online-Dienstes behauptet? «Gaddafi plante (...) den Abzug aller libyschen Ölguthaben von europäischen Konten (die vor allem in Frankreich lagerten) und deren Umschichtung auf asiatische Konten. Sarkozy und die französischen Banken hatten Angst davor, dass arabische Diktatoren diesem Schritt folgen würden. (...) Die ohnehin schwer angeschlagenen französischen Banken hätten den Abzug der Öl-Milliarden nicht überlebt. Der ohnehin unter Druck stehende Euro wäre sofort ohne Rettungsmöglichkeit zerschossen worden.»<sup>10</sup> Und: «Den Franzosen drohte mit dem Abzug der Gaddafi-Milliarden und (...) vielen verlorenen Milliarden-Geschäften eine Kettenreaktion von extremen wirtschaftlichen und finanziellen Rückschlägen mit direkten Folgen für den Euro.» Deshalb: «Der Rest lief ab wie der Umsturz im Iran 1953, den damals die CIA steuerte. Dieses Mal allerdings waren es die Franzosen.» Die ganze Geschichte wird so präsentiert: Selbst in den Hauptnachrichtensendungen werde «inzwischen so viel Unsinn über Libyen verbreitet, dass wir nachfolgend einfach einmal jene Fakten auflisten, die von offiziellen Medien aus Unwissenheit oder absichtlich verschwiegen werden. Die Wahrheit sieht dann etwas anders aus. Und Sie werden schnell merken, wie Sie als Durchschnittsbürger von Politik und Medien an der Nase herumgeführt wurden. Denn ohne die Aktionen in Libyen wären französische Banken zusammengebrochen.» Zur «Wahrheit» des Chefredaktors gehört auch seine Quintessenz: «Jetzt wissen Sie, wer wann warum die libysche Demokratiebewegung in Marsch gesetzt hat. Und etwa 50 000 Menschen haben dafür mit ihrem Leben bezahlt. Aber wir haben den Euro-

Crash wieder einige Wochen weiter hinausgeschoben.» Nun, seither sind schon einige Wochen vergangen.

### **Ein nicht wirklichkeitsgemäßes Urteil**

Wer so argumentiert wie dieser Online-Dienst, urteilt nicht wirklichkeitsgemäß, übergeht die Menschen. Wenn man schon die 50 000 Toten (die Zahl sei hier nicht diskutiert) anführt, müsste man auch darauf hinweisen, dass die meisten Anti-Gaddafi-Rebellen, zum großen Teil Jugendliche waren, die in T-Shirts und mit irgendwelchen Flinten gekämpft haben. Man müsste auch konkret und ohne Scheuklappen darauf hinsehen, wie die Rebellion begann. Wie die politischen Umstürze in Tunesien und Ägypten sind auch die Massenproteste in Libyen eng mit dem Schicksal einer zentralen Identifikationsfigur verbunden: In Tunesien löste die Selbstverbrennung eines jungen Arbeitslosen die Proteste aus; in Ägypten war Auslöser ein Aktivist, der Gräueltaten der Polizei anprangerte. In Libyen gab die Verhaftung eines jungen Rechtsanwalts Anlass zur Rebellion: Fathi Terbil vertrat als Anwalt Angehörige von etwa 1200 – 1400 Häftlingen, die 1996 im Abu-Salim-Gefängnis in Tripolis bei einem Massaker von libyschen Sicherheitsleuten ermordet wurden. Opfer des Massakers waren auch Terbils Bruder Ismail Osmä Terbil, sein Cousin Khaled Terbil, sein Schwager Jamal Muftah Al Rebaa sowie fünf ehemalige Studentenkollegen. Wegen seiner Nachforschungen zum Massaker wurde der junge Rechtsanwalt am 15. Februar 2011 von libyschen Sicherheitstruppen verhaftet. Das bewog etwa 200 seiner Abu-Salim-Klienten zu einer Sitzblockade vor einer Polizeiwache in Benghazi. Am Folgetag wurde Terbil freigelassen, die Demonstrationen waren aber nicht mehr aufzuhalten; sie mündeten am 17. Februar 2011 in einen von Oppositionellen ausgerufenen «Tag des Zorns».

### **Die Morde von Abu Salim**

Im Sommer 1996 kam es unter den politischen Häftlingen des Gefängnisses Abu Salim zu einem Aufstand. Der libysche Autor Hisham Matar hat recherchiert: Die Haftbedingungen in den letzten Jahren «waren entsetzlich gewesen. In sechs mal sechs Meter kleine Zellen wurden bis zu 24 Männer gepfercht. Es gab mehrere Tuberkulosefälle. Und das Essen war so schlecht und gleichzeitig so furchtbar knapp bemessen, dass die Gefangenen alles aßen, was man ihnen gab, inklusive die Kakerlaken in der Suppe. Die ärztliche Betreuung war praktisch gleich null.» Einem Gefangenen renkten die Folterer das Bein aus und zerschmetterten es. «Es faulte und wurde so monströs lang, dass der Mann, um gehen zu können, sich auf einen Stock stützen und sich das sterbende Bein über die Schulter hängen musste. (...) Im Juli 1996 war die Verzweiflung so gewaltig geworden, dass ein paar Ge-

fangene drei Wärter überwältigten, den einen töteten, die anderen zwei als Geiseln nahmen und einen Flügel des Gefängnisses unter ihre Kontrolle brachten. Der Aufstand wurde aber rasch niedergeschlagen.» Irgendwann tauchte Gaddafis Schwager Abdullah Senussi auf, der für viele Libyer «die Brutalität der libyschen Diktatur repräsentierte». Er versprach den Gefangenen Verbesserungen. «Am nächsten Morgen früh hörte man geschäftiges Treiben aus dem Gefängnishof. (...) Die Schätzungen schwanken zwischen 1200 und 1400 Gefangenen, die an diesem Julimorgen in den Gefängnishof gebracht wurden. Maskierte mit Gewehren standen auf den Dächern um den Hof herum. Das Gewehrfeuer hielt mehrere Stunden an. (...) Erst 2001 drangen Berichte über dieses Massaker in die Außenwelt. (...) Da die Familien der Toten ja nicht wussten, was geschehen war, reisten sie nach dem Massaker noch jahrelang zum Gefängnis, brachten Essen, Kleider und Briefe für ihre Lieben und hofften, diese besuchen zu können. (...) Nie sagten die Wärter den Familien, was im Juli 1996 geschehen war, sondern sie behielten die Geschenke einfach für sich und schmissen die Briefe weg.» In den 42 brutalen Gaddafi-Jahren gab es viele Gräueltaten. «So wurden manche auf öffentlichen Plätzen gehenkt, und es wurde der Befehl erlassen, die Leichen eine Woche lang hängen zu lassen, damit der Gestank «von der Schlechtigkeit ihres Charakters» zeuge.»<sup>11</sup>

### **Wie die Rebellion um sich griff**

Am «Tag des Zorns» vom 17. Februar kam es zu Demonstrationen in allen großen libyschen Städten. Dutzende Demonstranten kamen ums Leben. Laut Augenzeugen gingen bewaffnete Gaddafi-Söldner gezielt und schwer bewaffnet gegen die Bevölkerung vor, Spezialeinheiten der Polizei schossen von Dächern aus in die Menge. Auch Panzer wurden gegen Zivilisten eingesetzt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen weiteten sich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen aus. Sicherheitskräfte und Offiziere der Armee liefen zu den Aufständischen über. So fiel Bengasi, die bedeutendste und größte Stadt Ostlibyens, am 20. Februar in die Hände von Aufständischen. Verschiedene weitere Städte folgten, sodass nach einer Woche praktisch die gesamte Region Kyrenaika von den Rebellen kontrolliert wurde. Unruhen gab es aber auch in anderen Landesteilen. Die libysche Armee schlug mit äußerster Härte zurück. Die libysche Luftwaffe griff Rebellenhochburgen an, wobei zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen. In umkämpften Städten, wie Tripolis und Misrata, kamen Heckenschützen zum Einsatz, die wahllos auf Zivilisten feuerten. Mit schweren Waffen und Kampfflugzeugen eroberte Gaddafis Armee Stadt um Stadt zurück; sie drang bis nach Bengasi vor, wobei Gad-

dafi die Rebellen als «Ratten» bezeichnete, die es auszu-merzen gelte.

### Wie die Nato zum Einsatz kam

Die Aufständischen baten um die Einrichtung einer Flugverbotszone, weil sie mit ihren Gewehren und erbeuteten Waffen der Hightech-Armee Gaddafis hoffnungslos unterlegen waren. Am 8. März forderte auch die «Organisation der Islamischen Konferenz» eine solche Zone. Am 11. März schloss sich der «Golf-Kooperationsrat» der Forderung an. Am 12. März forderte die «Arabische Liga» den UNO-Sicherheitsrat auf, über Libyen eine Flugverbotszone einzurichten! Dieser beschloss am 17. März ohne Gegenstimme eine solche Zone, wobei der Einsatz von (ausländischen) «Besatzungstruppen» untersagt wurde. Die Resolution führte zunächst zu einem Streit in der Nato. Am 19. März ergriff Nicolas Sarkozy die Initiative und begann die Zone militärisch durchzusetzen – aus Sicht der Rebellen im letzten Moment, bevor Gaddafi Bengasi überrannte. Britische und amerikanische Streitkräfte zogen mit. Am 24. März einigte sich die Nato über die Führung. Dadurch wurde es den Aufständischen möglich, in monatelangen Kämpfen am 20. Oktober ganz Libyen von Gaddafi und seinem Clan zu befreien.

«Es ist, wie wenn du dein ganzes Leben lang unter Wasser gedrückt wurdest und du plötzlich auftauchen darfst, um einen tiefen, befreienden Atemzug zu holen – du willst mehr davon.» Das sei das Gefühl, das die Menschen in verschiedenen arabischen Ländern während der Proteste erlebt hätten und das sie zu Freiheitskämpfern gemacht habe, erklärte – vermutlich im Namen der meisten Landsleute – der junge Libyer Loay al-Magri in einem Gespräch in Bern, zu dem die Schweizer Regierung eingeladen hatte.<sup>12</sup>

### Jürgen Todenhöfer:

#### Verteidigungswaffen für die Rebellen!

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam schon im März der frühere CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer (seinerzeit «Stahlhelmfraktion», seither Wandlung zu pazifistischen Ansichten), der sechs Tage lang durch Libyen reiste. Bei einem Raketenangriff der Gaddafi-Truppen entkam er nur knapp dem Tod, sein libyscher Freund starb in den Flammen. «Unter den Menschen in Benghasi herrscht trotz des Vormarsches der Milizen Gaddafis Aufbruchsstimmung. Sie ähnelt der Begeisterung und Entschlossenheit, die ich in (...) Kairo miterleben durfte.» Und: «Nicht nur im Osten (Libyens) steht die Mehrheit der Menschen hinter dem Volksaufstand, auch im Westen.» Todenhöfer forderte: «Stürzt diesen Tyrannen! (...) Für den nationalen Widerstand sollten angesichts der massiven militärischen Überlegenheit der Gaddafi-Milizen sofort wirksame Verteidigungswaffen bereitgestellt werden.»

Allerdings lehnte er die damals beginnende Bombardierung ab. Als Alternative sah er UNO-Blauhelme und eine «effektive militärische Drohkulisse».<sup>13</sup> Aus heutiger Sicht war das eine Illusion, denn Gaddafi war völlig beratungsresistent, er glaubte ja bis zum Schluss, ihm könne nichts geschehen.

### Der wirkliche Skandal des Libyenkriegs

Es wäre ebenfalls eine Illusion, anzunehmen, die westlichen Staaten hätten aus reiner Menschenfreundlichkeit gehandelt. Selbstverständlich (aus ihrer Sicht) hatten sie auch ihre Interessen (Öl und andere Deals) im Auge. Nur haben sie diesmal im letzten Moment die Kurve gekriegt und noch rechtzeitig die Seite gewechselt. Sarkozy, Berlusconi, Blair & Co. tranken praktisch bis zum Aufstand mit Gaddafi Brüderschaft. Der CIA schickte immer wieder «Terrorverdächtige» nach Tripolis und ließ sie von Gaddafis Schergen foltern. Auch der englische Geheimdienst MI6 kooperierte mit dem Libyer. Der arabische Fernsehsender al-Jazeera hat im Hauptquartier des libyschen Geheimdienstes Geheimakten gefunden, die belegen, «dass einflussreiche US-Offizielle den libyschen Machthaber bei Ausbruch des Aufstands berieten, wie der Despot an der Macht bleiben könne».<sup>14</sup>

Der Skandal des Libyenkriegs ist nicht, dass die Nato den Aufständischen geholfen hat, der wirkliche Skandal sind die vorherigen massiven Waffenlieferungen (auch Russlands, Deutschlands und der Schweiz) an den Diktator – und das damit verbundene Hofieren.

*Boris Bernstein*

P.S. Abschließend noch ein Wort von Rudolf Steiner zum Thema: «Es gibt eine gewisse Abstufung in Bezug auf das Lügen. An erster Stelle kommen die Kirchen, an zweiter kommt erst die Presse und an dritter kommen dann die Politiker. Das ist ganz objektiv dargestellt und nicht etwa aus einer Emotion heraus.»<sup>2</sup>

1 DPA-Meldung vom 8.11.2011.

2 Rudolf Steiner, GA 338, 2.1.1921.

3 [www.taz.de](http://www.taz.de) 9.11.2011.

4 *Süddeutsche Zeitung*, 9.11.2011.

5 [www.ito.de](http://www.ito.de) 9.11.2011.

6 *Neue Zürcher Zeitung*, 12.11.2011.

7 *NZZ Online*, 11.11.2011.

8 *NZZ am Sonntag* 13.11.2011.

9 *Süddeutsche Zeitung*, 21.10.2011.

10 *Kopp Online*, 1.9.2011.

11 *Tages-Anzeiger*, Zürich, 27.4.2011.

12 *Neue Zürcher Zeitung*, 26.10.2011.

13 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.3.2011.

14 [www.tagesanzeiger.ch](http://www.tagesanzeiger.ch) 1.9.2011.